



Naturschutzpolitische Fragen



1

Klares Bekenntnis für mehr Durchgängigkeit und ökologische Qualität

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die EG-Wasserrahmenrichtlinie zur Chefsache erklärt und ihre Umsetzung durch die Bereitstellung erheblicher finanzieller und personeller Ressourcen konsequent umgesetzt wird?



2

Gewässerallianz stärken - Anglerverbände integrieren

Unterstützen Sie die Forderung des AVN, bei den Anglerverbänden 4-5 Vollzeitstellen einzurichten, um die Gewässerallianz in der Fläche zu stärken und eine weitaus zügigere Umsetzung von Maßnahmen für den Gewässerschutz anzustoßen?



3

Funktionierende Fischwanderhilfen und Monitoring zur Chefsache machen

Folgen Sie der Forderung des AVN und des „Memorandum deutscher Fachwissenschaftler:innen zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz vs. Bio-diversitätsschutz bei der Wasserkraft“ zum Baustopp für weitere Wasserkraftanlagen (WKA), zur verpflichtenden Nachrüstung nicht funktionsfähiger Fischwanderhilfen und einem damit verbundenen, verpflichtenden Monitoring, sowie zum Rückbau bestehender WKA oder dem Erwerb der zugehörigen Wasser-/Staurechte durch das Land?





Naturschutzpolitische Fragen



4

Cooler Bäche braucht das Land

Wird Ihre Partei das Projekt „1 Million Bäume für unsere Gewässer“ durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel unterstützen?



5

Zurück ins Auenland - Aktionsprogramm Leine-Aue

Befürwortet Ihre Partei die Forderung des AVN nach einem groß angelegten Revitalisierungsprojekt für die Leine-Aue und die damit einhergehende Einrichtung einer Artenschutzstation für bedrohte Auenfischarten?



6

500 km Korridore

Werden Sie eine Anpassung der Vorgaben von „Der Niedersächsische Weg“ zu Gewässerrandstreifen fordern, damit bis 2030 mindestens 500 km Korridore für die Biotopvernetzung geschaffen werden können?



7

Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, eine Studie zum Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände einzufordern, um daraus Lösungen für den Zielkonflikt beim Schutz bedrohter Arten (Fische / Neunaugen / Muscheln / Krebse / Fischotter) abzuleiten?





Fischereipolitische Fragen



8

Aalförderung

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Aalförderung zum Schutz dieser vom Aussterben bedrohten Art erhalten bleibt?



9

Folgenutzung Baggerseen

Sprechen Sie sich für die Schaffung einer rechtlich verbindlichen Grundlage zur grundsätzlichen fischereilichen Folgenutzung von neu entstehenden Bodenabbaugewässern aus?



10

Freie Fahrt ans Gewässer

Teilen Sie unsere Einschätzung, dass die Angel-fischerei der Urproduktion zugerechnet werden kann und folgerichtig das Befahren ansonsten gesperrter Straßen auch für Angler möglich sein muss?



11

Fischwilderei

Befürworten Sie die Forderung des AVN, dass Anzeigen wegen Fischwilderei und Diebstahl von Fischen konsequent strafrechtlich verfolgt werden müssen?



Auswertung / Interpretation



grün = ja / Unterstützung, weitgehende oder gänzliche Übereinstimmung



gelb = ja/nein / Zustimmung in Teilen, Ablehnung / andere Auffassung bei Teilaspekten / keine klare Position/Zusage/Versprechen



rot = nein / weitgehende Ablehnung / gänzlich andere Auffassung



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022

Statement

Bitte nennen Sie drei Gründe, warum Anglerinnen und Angler ihre Partei wählen sollten.

(Lange Beiträge sind hier aus Platzgründen redaktionell gekürzt worden.
Die kompletten statements können Sie auf unserer website einsehen: www.av-nds.de.)

SPD

Keine Gründe genannt.

CDU

Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir unser Land nach vorne bringen. (...) Am 09. Juli (...) haben wir unser Regierungsprogramm (...) beschlossen. Nun freuen wir uns, dass wir allen Niedersächsinen und Niedersachsen mit unserem Programm ein zukunftsgewandtes und innovatives Angebot für die kommenden fünf Jahre machen können.



Keine Gründe genannt.



Keine Gründe genannt.

DIE LINKE.

Keine Gründe genannt.



a) Die AfD wird auf keinen Fall eine Koalition mit den Grünen eingehen. (...) Es ist aber maßgeblich die „grüne“ Ideologie, die sich gegen die Anglerschaft wendet. (...)
b) Fischereirechte sind Eigentumsrechte und ein Stück Freiheit. (...) Wir setzen uns für den uneingeschränkten Fortbestand der Angelfischerei ein. Ohne Wenn und Aber. Versprochen!



Naturschutzpolitische Fragen

1

Klares Bekenntnis für mehr Durchgängigkeit und ökologische Qualität

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die EG-Wasserrahmenrichtlinie zur Chefsache erklärt und ihre Umsetzung durch die Bereitstellung erheblicher finanzieller und personeller Ressourcen konsequent umgesetzt wird?

SPD

Der niedersächsische Beitrag zu den Bewirtschaftungsplänen und der niedersächsische Beitrag zu den Maßnahmenprogrammen 2021 bis 2027 der Flussgebiete Elbe, Ems, Rhein/Vechte und Weser wurden gemäß WRRL fristgemäß fortgeschrieben und am 22. Dezember 2021 veröffentlicht.

Der aktualisierte niedersächsische Beitrag zu den Bewirtschaftungsplänen der vier Flussgebiete bilden die Grundlage für die Bewirtschaftung der niedersächsischen Oberflächengewässer und des Grundwassers im dritten Bewirtschaftungszeitraum bis Dezember 2027.

CDU

Durch die EG-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 wurde das Ziel zur Erreichung des „guten Gewässerzustandes“ in nahezu allen EU – Gewässern festgelegt. Wir setzen uns für eine kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung unserer Niedersächsischen Gewässer ein.

Wir etablieren eine Clearingstelle für konkrete Problemfälle, um praxisorientierte Lösungen zu finden.

Die Wasserachten und Verbände sollen mit den zuständigen Behörden gemeinsam an einem praxisorientierten Ziel arbeiten. Wir werden setzen auf einen fairen Ausgleich zwischen Wasserschutz und gewerblichen Interessen.



Ganz klares Ja!
Wir wollen das in Niedersachsen die EG-Wasserrahmenrichtlinie endlich umgesetzt wird und dafür auch ausreichende Finanzmittel bereitstellen. 3 % in gutem ökologischen Zustand sind zu wenig!
Für uns Grüne hat die Verbesserung der ökologischen Qualität all unserer Gewässer und die Durchlässigkeit hohe Priorität. Das gilt auch für die Reduzierung von Schadstoffeinträgen und Lebensraumverlusten aus Industrie, Landwirtschaft und Haushalten.
Weitere Vertiefungen von Weser, Ems und Elbe lehnen wir ab.



Naturschutzpolitische Fragen

1

Klares Bekenntnis für mehr Durchgängigkeit und ökologische Qualität

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die EG-Wasserrahmenrichtlinie zur Chefsache erklärt und ihre Umsetzung durch die Bereitstellung erheblicher finanzieller und personeller Ressourcen konsequent umgesetzt wird?



Wir Freie Demokraten bekennen uns klar zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) als umfassendste europäische Wasserschutzregelung. Dabei sollten die Umsetzungsfristen verlängert werden, um eine Aufweichung der Ziele wirksam zu verhindern. Zukünftig gilt es, die Auswirkungen des Klimawandels sowie wirksame Anpassungsmaßnahmen mit in die WRRL einzubeziehen.



Grundsätzlich bekennt sich die Alternative für Deutschland zum Schutz und Erhalt unserer Natur und Landschaft. Dazu gehört auch der Wunsch nach ökologischer Aufwertung unserer heimischen Gewässer.



Die Einhaltung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der beschleunigte Ausbau der FFH-Gebiete sind uns wichtig. Wir haben in unserem Landtagswahlprogramm kritisiert, dass in der Vergangenheit Flüsse immer tiefer ausgebaggert und kanalisiert wurden, statt sie in ihrem natürlichen Verlauf mit Überflutungsflächen und einem natürlichen Mündungsgebiet zu erhalten. Jetzt bedarf es erheblicher finanzieller und personeller Mittel, um Renaturierungen durchzuführen.



Naturschutzpolitische Fragen

2

Gewässerallianz stärken - Anglerverbände integrieren

Unterstützen Sie die Forderung des AVN, bei den Anglerverbänden 4-5 Vollzeitstellen einzurichten, um die Gewässerallianz in der Fläche zu stärken und eine weitaus zügigere Umsetzung von Maßnahmen für den Gewässerschutz anzustoßen?

SPD

Über die Hilfe der Anglerverbände bei der Umsetzung von Maßnahmen des Gewässerschutzes freuen wir uns. Wir können allerdings zur Personalplanung innerhalb der Verbände keine Aussagen treffen.

CDU

Der AVN leistet als anerkannter Naturschutzverband einen wichtigen Beitrag zum Gewässerschutz. Im Rahmen des Niedersächsischen Weges haben wir neue Stellen für den Artenschutz geschaffen. Hier werden wir uns für eine angemessene und bedarfsorientierte personelle Ausstattung der Naturschutzverbände einsetzen. Gemeinsam mit dem Anglerverband wollen wir Ziele und Handlungsoptionen für den Gewässerschutz umsetzen.



Ja wir wollen die Gewässerallianz stärken und müssen dafür auch Personal bereitstellen um den Gewässerschutz auszubauen.



Naturschutzpolitische Fragen

2

Gewässerallianz stärken - Anglerverbände integrieren

Unterstützen Sie die Forderung des AVN, bei den Anglerverbänden 4-5 Vollzeitstellen einzurichten, um die Gewässerallianz in der Fläche zu stärken und eine weitaus zügigere Umsetzung von Maßnahmen für den Gewässerschutz anzustoßen?



Die Stärkung der Gewässerallianz unterstützen wir gerne.
Anglerinnen und Anglern gebührt die Wertschätzung und Anerkennung, die ihnen als wichtige Partner in der Gewässerbewirtschaftung und für ihre wertvolle Vereins- und Jugendarbeit in Umweltschutz und -bildung zusteht.



Die AfD Niedersachsen ist davon überzeugt, dass die besagten Vollzeitstellen beim AVN anzusiedeln wesentlich zielführender ist, als beispielsweise bei den Naturschutzbehörden noch mehr Stellen zu schaffen. Wir nehmen die Arbeit des Anglerverbandes als fachlich sehr fundiert, pragmatisch und zielführend wahr – daher unser eindeutiges Bekenntnis zum AVN als Anwalt von Gewässern und Anglern.



Die Anglerverbände sind für uns als kompetente und wichtige Kooperationspartner im Naturschutz. Ihre wertvolle Arbeit sollte durch das Land finanziell unterstützt werden. Bei allen wichtigen Fragen, die mit Umgestaltungen von Gewässern zusammenhängen, sollte vorher ihr Rat eingeholt werden.



Naturschutzpolitische Fragen

3

Funktionierende Fischwanderhilfen und Monitoring zur Chefsache machen

Folgen Sie der Forderung des AVN und des „Memorandum deutscher Fachwissenschaftler:innen zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz vs. Bio-diversitätsschutz bei der Wasserkraft“ zum Baustopp für weitere Wasserkraftanlagen (WKA), zur verpflichtenden Nachrüstung nicht funktionsfähiger Fischwanderhilfen und einem damit verbundenen, verpflichtenden Monitoring, sowie zum Rückbau bestehender WKA oder dem Erwerb der zugehörigen Wasser-/Staurechte durch das Land?

SPD

Wir werden prüfen inwieweit Anpassungen am Bestand der Wasserkraftanlagen vorgenommen werden müssen. Im grundsätzlichen Spannungsfeld von Artenschutz versus Ausbau der Erneuerbaren Energien, haben wir auch in anderen Bereichen pragmatische gute Lösungen finden können und sind zuversichtlich, dass das auch hier möglich sein wird.

CDU

Wir stellen fest, dass der Bau von Wasserkraftanlagen im Hinblick auf die Energiegewinnung, bspw. im Vergleich mit Photovoltaik-Anlagen, nicht mehr so effizient und zeitgemäß ist. Wir werden daher die bestehenden Wasserkraftanlagen überprüfen und Forschungen in diesem Bereich weiter fördern. In Kooperation mit den Wasserkraftanlagenbetreibern werden wir die Etablierung eines flächendeckenden Monitorings prüfen. Des Weiteren stärken wir die Artenvielfalt in unseren Flüssen. Es bedarf eines Ausgleichs zwischen Biodiversitäts- und energiewirtschaftlichen Interessen. Wir werden den Dialog mit den Anglervereinen und den Wasserkraftanlagenbetreibern suchen, um eine faire Lösung zu finden.



Wasserkraft kann nur in seltenen Fällen einen kleinen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Einen weiteren Ausbau oder neue Wasserkraftanlagen halten wir nicht für sinnvoll. Gleichzeitig gilt es bestehende Wasserkraftanlagen verpflichtend nachzurüsten und mit funktionierenden Fischwanderhilfen zu versehen. Auch ein Rückbauprogramm von oftmals alten und fischundurchlässigen Wasserkraftanlagen, die manchmal gar nicht mehr genutzt werden, ist durchzuführen.



3

Naturschutzpolitische Fragen

Funktionierende Fischwanderhilfen und Monitoring zur Chefsache machen

Folgen Sie der Forderung des AVN und des „Memorandum deutscher Fachwissenschaftler:innen zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz vs. Bio-diversitätsschutz bei der Wasserkraft“ zum Baustopp für weitere Wasserkraftanlagen (WKA), zur verpflichtenden Nachrüstung nicht funktionsfähiger Fischwanderhilfen und einem damit verbundenen, verpflichtenden Monitoring, sowie zum Rückbau bestehender WKA oder dem Erwerb der zugehörigen Wasser-/Staurechte durch das Land?

* (Landtagsdrucksache 18/9919 „Weg frei für die Wanderfische an der Elbe: Fischaufstiegsmöglichkeiten am Stauwehr Geesthacht wiederherstellen, Durchlässigkeit im Flussgebiet Elbe endlich umsetzen“).



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Fischtreppe an Wasserkraftanlagen zur Verfügung stehen müssen. Die Kraftwerkbetreiber müssen sicherstellen, dass die Fische diese Treppe einwandfrei passieren können und notfalls die notwendigen Maßnahmen, wie z.B. Bypassanlagen zum Fischabstieg, zum Schutz der Fischpopulationen treffen müssen, damit diese die biologische Funktion von Fischwanderhilfen sicherstellen. Bei Wasserkraftanlagen, die sich problematisch auf die Fischwanderung auswirken, müssen Verbesserungen vorgenommen werden. Aus diesem Grund hat die Fraktion der Freien Demokraten sich in der 18. Wahlperiode für einen fraktionsübergreifenden Antrag zu Fischaufstiegsmöglichkeiten stark gemacht. In diesem Antrag wird unter anderem gefordert, dass der bauliche Zustand von Fischtreppe und Wehren künftig engmaschig überprüft werden und notwendige Reparaturen rechtzeitig durchgeführt werden, damit die Fischturchlässigkeit erhalten bleibt. * Außerdem wird die Landesregierung in dem Antrag aufgefordert, einen priorisierten Fahrplan für die Beseitigung von Hindernissen für Wanderfische und Neunaugen an den Elbe-Seitenflüssen im Zuständigkeitsbereich des Landes vorzulegen.



Die Alternative für Deutschland sieht eine Überbetonung der sogenannten erneuerbaren Energien aus verschiedenen Gründen sehr kritisch. Jede Art der Energieerzeugung ist in Abwägung von Kosten und Nutzen zu bewerten. Der AfD Niedersachsen sind die Probleme, die die Nutzung der Wasserkraft in unseren Fließgewässern verursacht, bekannt. Wir schließen uns diesbezüglich den Forderungen des AVN klar an.



Gegenwärtig sind die Möglichkeiten Energie durch das Aufstauen von Wasser zu gewinnen, bereits hinreichend ausgeschöpft. Es kommt jetzt darauf an, die bestehenden Anlagen mit Fischwanderhilfen auszustatten, soweit das nicht schon geschehen ist.



Naturschutzpolitische Fragen

4

Cooler Bäche braucht das Land

Wird Ihre Partei das Projekt „1 Million Bäume für unsere Gewässer“ durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel unterstützen?

SPD

Über konkrete finanzielle Zusagen können wir vor Beginn der Haushaltsberatungen keine belastbaren Aussagen treffen.

CDU

Wir unterstützen die Aufstockung durch Baumpflanzungen in Niedersachsen mit mehreren Projekten. Durch die Vereinbarungen im Niedersächsischen Weg werden wir weitere Mittel zum Gewässerschutz bereitstellen. Die Fortschreibung der gemeinsamen Ziele ist zwangsweise durch den Klimawandel notwendig. Hier setzen wir uns mit den Verbänden dafür ein, dass der Gewässerschutz weiter einen hohen Stellenwert genießt.



Ja. Wir müssen gerade die Gewässerrandstreifen ökologisch aufwerten und begrünen. Für ökologische Aufforstung und heimische Gehölze sind auch entsprechende Mittel bereitzustellen. Wir Grüne wollen die Mittel für den Naturschutz, Wälder, Moore und den Klimaschutz deutlich besser ausstatten und auch verstärkt Bundes- und EU-Mittel nutzen.



Naturschutzpolitische Fragen

4

Coole Bäche braucht das Land

Wird Ihre Partei das Projekt „1 Million Bäume für unsere Gewässer“ durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel unterstützen?



Ja, für eine solche Forderung setzen wir uns ein.



Der Ansatz, durch Beschattung ein Aufheizen der Gewässer zu verringern, ist begrüßenswert. Zu beachten sind aber auch weitere Faktoren, wie der Erhalt der Vorflut unserer Flüsse und gegebenenfalls auch der Deichschutz.
Vorbehaltlich einer Abwägung im Gesamtspiel der zu beachtenden Faktoren wird die AfD Niedersachsen das Projekt „1 Million Bäume für unsere Gewässer“ unterstützen.



Gewässerbeschattung durch mehr Bäume an den Ufern sind eine gute Idee, um das Aufheizen der Gewässer und damit verbundene Fischsterben zu verhindern. Wir sind überhaupt für mehr Bäume und fordern deshalb in unserem Landeswahlprogramm ein Landesaufforstungsprogramm für das Klima und als Erholungsfläche, außerdem die Ausweitung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete.



Naturschutzpolitische Fragen

5

Zurück ins Auenland - Aktionsprogramm Leine-Aue

Befürwortet Ihre Partei die Forderung des AVN nach einem groß angelegten Revitalisierungsprojekt für die Leine-Aue und die damit einhergehende Einrichtung einer Artenschutzstation für bedrohte Auenfischarten?

SPD

Hier gilt ähnlich wie bei Frage 4, dass wir dazu derzeit keine konkreten Aussagen treffen können. Wir prüfen aber in jedem Fall eine mögliche Ausweitung der Förderrichtlinien.

Darüber hinaus können wir allerdings auch festhalten, dass den Auen in ausreichendem Maße Flächen für die eigendynamische Gewässer- und Auenentwicklung bereitzustellen sind. Dies darf allerdings angesichts des landesweit dramatischen Verlustes an artenreichem Grünland künftig nicht zu Lasten von autotypischem Extensivgrünland oder hochgradig gefährdeter Arten (z. B. Tüpfelsumpfhuhn) gehen.

Hier müssen wir für die entsprechenden Zielkonflikte neue Lösungen finden oder bestehende Arbeit umsetzen.

CDU

Wir werden uns bezüglich dieses Revitalisierungsprojektes eng mit dem AVN austauschen. Dabei sind die einzelnen Auswirkungen für Ober- und Unterlieger zu berücksichtigen.

Wir werden die Einrichtung der Artenschutzstation für bedrohte Auenfischarten prüfen.



Ja.



5

Naturschutzpolitische Fragen

Zurück ins Auenland - Aktionsprogramm Leine-Aue

Befürwortet Ihre Partei die Forderung des AVN nach einem groß angelegten Revitalisierungsprojekt für die Leine-Aue und die damit einhergehende Einrichtung einer Artenschutzstation für bedrohte Auenfischarten?



Wir Freie Demokraten sprechen uns für eine solche Artenschutzstation für bedrohte Auenfischarten aus.



Das in der Frage genannte Revitalisierungsprojekt für die Leine-Aue ist ein großes Vorhaben. Unerlässlich ist dabei das Abwägen der verschiedenen zum Teil gegensätzlichen Interessen im Raum. Grundsätzlich vertritt die AfD den Standpunkt, dass sich der Schutz unserer Natur und eine Nutzung unserer Kulturlandschaft vereinbaren lassen. Bei dem besagten Projekt müssen beispielsweise auch die Flächeneigentümer und -bewirtschafter eingebunden und gegebenenfalls finanziell oder über Flächentausche angemessen entschädigt werden. Genauso muss der Zugang der Bevölkerung zum Wasser gewährleistet bleiben. Kanuten sollen ebenso weiterhin ihre Boote ein- und aussetzen können. Nicht zuletzt darf durch die Maßnahmen auch der Hochwasserschutz nicht leiden. Kurzum: Vorbehaltlich eines pragmatischen Ausräumens aller beteiligten Interessen unterstützt die AfD solche Revitalisierungsprojekte. (Anm. d. Red.: Forts. bei Frage 6)



Ihr Verband hat zurecht festgestellt: Auengewässer unterliegen in ausgebauten und nährstoffüberfrachteten Flusslandschaften einem rasanten Rückgang. Landesweit zählen sie heute zu den am stärksten gefährdeten Biotopen. Geschützte hochgradig gefährdete Auenfischarten drohen durch den rasanten Lebensraumverlust in weiten Teilen des Landes zu verschwinden. Durch jahrzehntelanger Nährstoffeinträge und auch klimafolgenbedingtem Massenaufwuchs von Wasserpflanzen drohen viele dieser Stillgewässer zu verlanden. Um diese Gewässer nachhaltig in der Fläche zu erhalten, sind dringend Sanierungsmaßnahmen auch und besonders bei kleineren Gewässern notwendig.



Naturschutzpolitische Fragen

6

500 km Korridore

Werden Sie eine Anpassung der Vorgaben von „Der Niedersächsische Weg“ zu Gewässerrandstreifen fordern, damit bis 2030 mindestens 500 km Korridore für die Biotopvernetzung geschaffen werden können?

SPD

Es gibt in Bezug auf Gewässerrandstreifen bereits eine geltende Regelung: Bei der Bewirtschaftung von Feldern, die neben Gewässern verlaufen, haben die Partner im Niedersächsischen Weg vereinbart, einen breiten Randstreifen stehen zu lassen, wo sich Natur entwickeln kann. In diesen Streifen dürfen weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Zur weiteren Entwicklung von Gewässerrandstreifen ist geplant, für Maßnahmen an prioritären Gewässern der WRRL einen zweistelligen Millionenbetrag bereitzustellen.

Wir werden aber mit den Gesprächspartnern im Niedersächsischen Weg auch weiterhin über die geplanten und laufenden Umsetzungsmaßnahmen der festgelegten Ziele sprechen.

CDU

Wir werden den Niedersächsischen Weg kontinuierlich fortführen. Dabei steht der Natur- und Artenschutz im Vordergrund. Wir setzen uns für einen Ausgleich von Gewässerschutz und landwirtschaftlichen Interessen ein.

Der gefundene Kompromiss zwischen allen Beteiligten wird aber nur erweitert, sofern die Interessensvertreter sich einig sind. Wir stehen zu den benannten Zielen.

Der aktuelle Nährstoffbericht für Niedersachsen 2020/2021 zeigt, dass wir beim Bodenschutz schon auf dem richtigen Weg sind.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Düngung ein, die landwirtschaftliche Nutzung weiter möglich macht und die Biodiversität stärkt.



Wir wollen die Gewässerrandstreifen mit verschiedenen Maßnahmen deutlich ökologisch aufwerten und auch Teile davon in ein wirksames Biotopvernetzungssystem einfließen lassen.



Naturschutzpolitische Fragen

6

500 km Korridore

Werden Sie eine Anpassung der Vorgaben von „Der Niedersächsische Weg“ zu Gewässerrandstreifen fordern, damit bis 2030 mindestens 500 km Korridore für die Biotopvernetzung geschaffen werden können?

Freie
Demokraten
FDP

Eine solche Anpassung der Vorgaben des „Niedersächsischen Weges“ muss stets mit allen Beteiligten gemeinsam auf Augenhöhe erarbeitet werden. Wir setzen uns stets für wirksame und machbare Regelungen ein, die bei den Betroffenen auf Konsens stoßen. Grundsätzlich sprechen wir uns aber für eine Biotopvernetzung aus.

Alternative
für
Deutschland

Es gilt das zu Frage 5 ausgeführte.

Forts. von Frage 5:
Bei der Ausgestaltung von Regelwerken plädiert die Alternative für Deutschland grundsätzlich für das Prinzip der Freiwilligkeit von Naturschutzmaßnahmen. Das heißt, wir geben guten Angeboten von Vertragsnaturschutzmaßnahmen stets die Vorfahrt gegenüber starrem Ordnungsrecht. Naturschutz findet immer dann die höchste Akzeptanz, wenn er von den Ortsansässigen mitgetragen wird.

DIE LINKE.

Dass mit dem „Niedersächsische Weg“ Gewässerrandstreifen geschaffen werden sollen, ist ein richtiger Schritt. Entscheidend bleibt die Reduzierung der Nährstoffeinträge, die durch Überdüngung entstehen. Wir unterstützen die Forderung des AVN zusätzlich Gewässerentwicklungskorridore einzurichten. Begradigte und eingeeengte Gewässer müssen renaturiert werden. Gewässerentwicklungskorridore sind außerdem sehr wirksam gegen Hochwasserschäden, weil dadurch bei Überschwemmungen mehr Platz für das Wasser geschaffen wird.





Naturschutzpolitische Fragen

7

Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, eine Studie zum Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände einzufordern, um daraus Lösungen für den Zielkonflikt beim Schutz bedrohter Arten (Fische / Neunaugen / Muscheln / Krebse / Fischotter) abzuleiten?

SPD

Eine Studie zur Auswirkung des Fischotters wäre sicherlich nicht falsch. Allerdings möchten wir auch direkt darauf hinweisen, dass der Fischotter nach wie vor durch europäisches Recht geschützt ist. Etwaige Maßnahmen, die sich aus Studien in Bezug auf den Fischotter in Niedersachsen ergeben müssen deshalb immer im Einklang mit den derzeit geltenden Rechtsnormen sein.

CDU

Unser Bundesland ist geprägt von einem ebenso traditionsreichen wie wirtschaftlich bedeutenden Gut: Der Fischerei. Ob gewerbliche Fischerei im Kutter an der Küste, in Hochseefischerei oder die Angler am Fluss, die Ausgleich zum Alltag suchen – Der Fischfang gehört seit jeher zu Niedersachsen. Die Fischerei hat derweil wichtige Schritte in Richtung Nachhaltigkeit unternommen. Aus diesem Grund werden wir die Fischereibestände schützen, mit effektivem Schutz gegen Prädatoren wie Fischotter und Reiher. Dazu werden wir eine Studie durch ein staatlich anerkanntes Institut in Auftrag geben.

Wir setzen uns für eine Förderung Schutzmaßnahmen gegen den Fischotter ein.



Wir sind sehr dafür, die Folgen des Fischotters auf heimische Fischbestände wissenschaftlich und sachlich zu untersuchen.



Naturschutzpolitische Fragen

7

Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, eine Studie zum Einfluss des Fischotters auf heimische Fischbestände einzufordern, um daraus Lösungen für den Zielkonflikt beim Schutz bedrohter Arten (Fische / Neunaugen / Muscheln / Krebse / Fischotter) abzuleiten?



Wir Freie Demokraten setzen uns stets dafür ein, dass bei Problemstellungen stets auch die wissenschaftliche Seite betrachtet wird, um zu fundierten und nachhaltigen Lösungsmaßnahmen zu kommen. Daher werden wir uns für eine solche Studie und die Umsetzung der Ergebnisse einer solchen Studie, einsetzen.



Eindeutig ja. Ebenso wie jetzt schon beim Wolf müssen auch bei allen anderen geschützten Tierarten, die in unsere Landschaft zurückkehren, die Auswirkungen genau beobachtet werden. Perspektivisch ist eine Bestandsregulierung auch bei diesen Tierarten in Betracht zu ziehen. Der AfD Niedersachsen ist bekannt, dass der Bestand an Fischottern wächst. Bereits etliche kommen beim Queren von Straßen zu Tode oder werden weit abseits von Gewässern von Wildkameras fotografiert. Dies sind klare Indizien für eine ansteigende Population.



Durch Eingriffe der Menschen ist das natürliche Gleichgewicht der verschiedenen Tierarten häufig durcheinander geraten. Als Ausweg müssen wieder Eingriffe vorgenommen werden, um eine gleichmäßige Entwicklung aller Tierarten zu gewährleisten. Das ist mit „Hege“ gemeint. Das schließt ein, Fischotterbestände zu regulieren, wenn dies nach entsprechenden Fachgutachten als unausweislich nachgewiesen worden ist.



Fischereipolitische Fragen

8

Aalförderung

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Aalförderung zum Schutz dieser vom Aussterben bedrohten Art erhalten bleibt?

SPD

Ja.
Hierzu sind auch bereits Maßnahmen durchgeführt worden. Im Rahmen der Umsetzung der Aal-VO wurden umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, um die Bestandssituation des Europäischen Aals und insbesondere die Blankaalabwanderungsquote zu verbessern.
Die wesentlichen Maßnahmen umfassen:
- Förderung von Aalbesatz im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds,
- Einführung eines 3-monatigen Fangverbots in den Unionsgewässern,
- seit 2017 Durchführung des Projekts „Aaltaxi“ an der Weser.

CDU

Artenvielfalt hat für uns einen hohen Stellenwert.
Wir setzen uns für den Erhalt und den Schutz des Aals ein. Nach Ansicht der CDU stellt die größte Bedrohung für den Bestand des Aals, der illegale Glasaalhandel dar.
Wir setzen uns für eine konsequente Verfolgung von illegalen Geschäften mit Aalen ein. Dafür bedarf es eines koordinierten Handelns innerhalb der EU-Staaten.



Ja.
Wir Grüne haben ja auch in der rot-grünen Koalition u.a. die Förderung des Aaltaxis neu eingeführt, aber auch Besatzmaßnahmen finanziert.



Fischereipolitische Fragen

8

Aalförderung

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Aalförderung zum Schutz dieser vom Aussterben bedrohten Art erhalten bleibt?



Ja, dafür setzen wir uns ein.



Ja, unbedingt.
Ohne die Bemühungen der Anglerschaft stünde es um den Aalbestand in unseren niedersächsischen Flüssen noch schlechter!
Die AfD Niedersachsen ist im Übrigen gegen ein Fangverbot für den Aal.
Wir erkennen an, dass die Aussicht, einen Aal in der Natur mit der Angel fangen zu können eine erhebliche und legitime Triebfeder für die großen Bemühungen der Angler um den Bestandserhalt des Aales ist.



Aale müssen besser geschützt werden. Dazu gehört das Schmuggeln von Glasaalen und den Export nach Asien konsequent zu unterbinden. Das seit 2010 bestehende Handelsverbot für Glasaale wurde in einigen EU-Ländern, vor allem in Frankreich, nicht ausreichend umgesetzt. Die Aalförderung muss erhalten bleiben.



Fischereipolitische Fragen

9

Folgenutzung Baggerseen

Sprechen Sie sich für die Schaffung einer rechtlich verbindlichen Grundlage zur grundsätzlichen fischereilichen Folgenutzung von neu entstehenden Bodenabbaugewässern aus?

SPD

Die fischereiliche Nutzung von Gewässern wird in FFH-Gebieten nicht grundsätzlich eingeschränkt. Vielmehr sind gebietsbezogene Regelungen zur fischereilichen Nutzung im Einzelfall möglich, sofern erforderlich und angemessen. Dies gilt auch für Abbaugewässer. Zuständig für die Schutzgebietsverfahren und die jeweilige Ausgestaltung der Verordnungen sind die unteren Naturschutzbehörden.

CDU

Wir stehen zu den Anglerverbänden als anerkannte Naturschutzverbände. Die CDU unterstützt den Anglerverband in ihrer Jugendarbeit. Durch Ihre Jugendarbeit leisten sie generationsübergreifend effektiven Arten- und Naturschutz und einen bedeutenden Beitrag für unsere Gesellschaft. Es ist wichtig, dass sich junge Menschen für ihre Umwelt interessieren und diese in reinsten Form durch fachliche Anleitung wahrnehmen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Angler genügend Gewässer zur Verfügung stehen. Es besteht seitens der CDU keine grundsätzliche Ablehnung für Folgenutzung von Bodengewässern. Hier setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Einzelfallprüfung ein.



Ja. Wir wollen, dass durch Bodenabbau geschaffene Gewässer eine hohe ökologische Wertigkeit bekommen und grundsätzlich auch fischereilich genutzt werden können.



Fischereipolitische Fragen

9

Folgenutzung Baggerseen

Sprechen Sie sich für die Schaffung einer rechtlich verbindlichen Grundlage zur grundsätzlichen fischereilichen Folgenutzung von neu entstehenden Bodenabbaugewässern aus?



Ja, wir sprechen uns dafür aus, dass eine Angelfischerei in neu entstehenden Bodenabbaugewässern grundsätzlich zulässig ist und eine Einschränkung der Fischerei stets zwingend fachlicher Gründe bedarf. Um den Anglern in dieser Thematik Rechtssicherheit zu geben, setzen wir uns daher für eine rechtlich verbindliche Vorgabe ein.



Auch hier ein eindeutiges Ja.

Der AfD Niedersachsen sind die wissenschaftlichen Ergebnisse des Baggersee-Projektes bekannt.

Wir erkennen vorbehaltlos an, dass es eine Bereicherung für den neu geschaffenen „Naturraum“ Baggersee ist, wenn er von einem Angelverein mit seinen kompetenten Gewässerwarten und gegebenenfalls der Beratung durch den AVN betreut wird.

Dagegen lehnen wir ein automatisches unter Totalschutzstellen neu entstehender Bodenabbaugewässer ab.



Es macht Sinn, landesweit eine gesetzliche Regelung einzuführen, durch die Baggerseen im Regelfall einer fischereilichen Folgenutzung zugeführt werden müssen.

Angeln ist Naturgenuss und Naturpflege in Einem. Dafür sollte es ausreichende Gelegenheiten geben.



Fischereipolitische Fragen

10

Freie Fahrt ans Gewässer

Teilen Sie unsere Einschätzung, dass die Angelfischerei der Urproduktion zugerechnet werden kann und folgerichtig das Befahren ansonsten gesperrter Straßen auch für Angler möglich sein muss?

SPD

Die Einschätzung, dass Angelfischerei der Urproduktion zugerechnet wird, teilen wir. Daraus lässt sich allerdings keine pauschale Erlaubnis für Angler:innen zur Benutzung gesperrter Straßen ableiten.

CDU

Die Angelfischerei zählt für uns zur Urproduktion, sofern sie gewerblich ausgeübt wird. Eine Ausnahmegenehmigung ist daher auch nur in diesem Kontext denkbar. Es muss aber immer auf die tatsächlichen und örtlichen Gegebenheiten geschaut werden. Eine generelle Ausnahme für durchfahrtsgesperrte Straßen jeder Besitzer eines Angelscheins wäre daher nicht zielführend.



Dies muss im Einzelfall betrachtet werden. Wir stehen einer angelfreundlichen Regelung positiv gegenüber.



Fischereipolitische Fragen

10

Freie Fahrt ans Gewässer

Teilen Sie unsere Einschätzung, dass die Angelfischerei der Urproduktion zugerechnet werden kann und folgerichtig das Befahren ansonsten gesperrter Straßen auch für Angler möglich sein muss?



Für uns Freie Demokraten sind Angler wirkliche Schützer der Natur, weil sie die Ressourcen der Natur schonend verwenden. Sie sind die einzigen Naturschützer, die aktiven Naturschutz unterhalb der Wasseroberfläche betreiben. Auch der Naturschutz an Land rund herum von Bächen, Flüssen oder Seen wird von den Anglern oft abseits ihrer freiwilligen Arbeitseinsätze betrieben. Wir ordnen die Angelfischerei der Urproduktion zu und stimmen dem zu, dass den Anglern somit das Befahren ansonsten gesperrter Straßen möglich sein sollte.



Der AfD Niedersachsen sind Fälle bekannt, wo im Zuge von Schutzgebietsausweisungen über die Beschränkung des Wegerechts versucht wird, die Angler vom Wasser fern zu halten. Dies verurteilen wir ausdrücklich. Im Übrigen müssen Angler sich mit dem Auto bis auf eine zumutbare Restentfernung dem Gewässer nähern können. Insofern unterstützen wir die besagte Forderung.



Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass die Angelfischerei zur Urproduktion gehört. Bei der verkehrlichen Regelung des Befahrens von im Übrigen gesperrten Straßen und Wegen sollten diejenigen, die Angelfischerei legal betreiben, nicht schlechter gestellt werden als Jäger.



11

Fischereipolitische Fragen

Fischwilderei

Befürworten Sie die Forderung des AVN, dass Anzeigen wegen Fischwilderei und Diebstahl von Fischen konsequent strafrechtlich verfolgt werden müssen?



Ja.



Wir als CDU stehen zum demokratischen Rechtsstaat. Daher setzen wir uns für die konsequente Verfolgung jeglicher Straftaten ein. Fischwilderei und Diebstahl ist kein Kavaliersdelikt. Wir werden die Strafverfolgung weiter stärken, um den Schutz des Eigentums auch in Gewässern zu gewährleisten.



Ja.



11

Fischereipolitische Fragen

Fischwilderei

Befürworten Sie die Forderung des AVN, dass Anzeigen wegen Fischwilderei und Diebstahl von Fischen konsequent strafrechtlich verfolgt werden müssen?



Ja, diese Forderung befürworten wir. Bereits in der 18. Wahlperiode hat die Fraktion der Freien Demokraten einen Vorfall auf dem Dümmer See kritisch hinterfragt (Landtagsdrucksache 18/4401 „Fischwilderei“).



Die AfD Niedersachsen schließt sich dieser Forderung an. Wir wissen um den häufig unbefriedigenden Ausgang von Verfahren wegen Fischwilderei.

Als ausdrückliche Rechtsstaatspartei unterstützen wir Gesetzestreue und wünschen, dass Wilderei nicht als Bagatelle abgetan wird. Generell stärkt die AfD der Polizei den Rücken.



Fischwilderei ist kein Kavaliersdelikt und sollte konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Wenn im Einzelfall bei geringen Verstößen Verfahren mit Geldauflagen nach § 154a StPO eingestellt werden, sollte die Straftäter verpflichtet werden, die Geldbußen an den AVN zu zahlen.